

Ergebnisse der Personalversammlung

Am 29.11.10 fand im Bürgerhaus Vahr die Personalversammlung der Bremer Lehrkräfte statt. Thema waren die Arbeitsbedingungen an den Schulen. Wir dokumentieren hier die **Einleitung der Vorsitzenden Petra Lichtenberg** und die Resolution, die Grundlage für weitere Aktivitäten sein soll.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Lehrersein – zwischen Planung und Chaos“ ist die Überschrift zur heutigen Personalversammlung. Die Bremer Schullandschaft ist im Umbruch, überall wird geplant, umstrukturiert und umgebaut, – und in erster Linie von oben. Das Ganze passiert in einem Tempo, dass einem schwindelig werden kann – da werden Sek-I-Zentren und Gesamtschulen zu Oberschulen, bekommen noch eine Oberstufe oder Werkschule angehängt, sollen selbstverständlich Inklusionsklassen einrichten und gerne noch – statt eben noch 4-zügig zu sein – nun sechs neue 5. Klassen aufnehmen. Parallel werden Schulauflösungen angekündigt – und dies in einer Kurzfristigkeit, dass einem wiederum nur schwindelig werden kann.

Aber solche grundlegenden Umstrukturierungen wollen geplant sein! Normalerweise werden dann in einem Großbetrieb - und das ist das Bremer Schulwesen mit seinen über 7000 Beschäftigten - Planungsgruppen eingerichtet, die aus Fachleuten der Führungsebene *und* der Produktionsabteilung bestehen, die dann eine Planung auf *realistischer* Basis erstellen.

Nicht so hier: Für diese gewaltige Schulreform mit all ihren Facetten gibt es eben *keine* Zusammenarbeit zwischen der Behördenspitze und den Beschäftigten – im Gegenteil, selbst die Schulleiter haben auf ihrer letzten Personalversammlung endlich „Beteiligung statt Dienstanweisung“ gefordert.

Auch wir als Arbeitnehmervertreter erfahren in letzter Zeit mehrfach *nur* über empörte Kolleginnen und Kollegen, dass eine Schule geschlossen werden soll. – Konstruktive Zusammenarbeit und Mitbestimmung sieht anders aus.

Im Gegenteil: Im Weserkurier war zu lesen, dass laut Senatorin der Personalrat an der Misere schuld sei – weil wir Informationen nicht weitergeben – nur: Welche sollen das sein?

Und seit wann ist der Personalrat das Sprachrohr der Bildungsbehörde?

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

Wir Lehrkräfte brauchen langfristige Planungen und keine Hauruck-Verfahren.

Wir Lehrkräfte brauchen Transparenz und müssen in die Ausgestaltung dieser Reformen eingebunden werden.

Wir brauchen eine ausreichende räumliche und personelle Ausstattung an den Schulen.

Und wir Lehrkräfte brauchen Stundenentlastung – unter anderem für Teamarbeit, Kooperation und Schulentwicklung.

Auf der letzten Personalversammlung im Sommer wurde ein Antrag verabschiedet, der eine Unterrichtsreduzierung von 2 Stunden fordert. Wir sind mit diesem Anlegen zur Senatorin gegangen.

Die Antwort? Viel zu teuer – allein 1 Stunde Reduzierung kostet 3,5 Millionen. Das war's!

Kein Angebot, z. B. Unterrichtsstunden in Kooperationsstunden umzuwandeln, Entlastungsstunden für Inklusionsklassen für alle zu schaffen, Präsenzverpflichtungen zu streichen oder ähnliches. – Auf Deutsch: Wir Kolleginnen und Kollegen bleiben mit unserem erhöhten Arbeitsdruck und Aufwand im Regen stehen. Unsere Wünsche, Bedürfnisse und Erfahrungen interessieren ausdrücklich *nicht!*

Die Arbeitszeit wurde und wird immer weiter erhöht, die Arbeitsverdichtung durch immer „neue Ideen“ nimmt immer weiter zu, auch für junge Lehrerinne und Lehrer.

Obendrauf kommt aber noch die Absicht manch einer Partei, im Öffentlichen Dienst kräftig zu sparen; Öffentlicher Dienst heißt in diesem Fall vorwiegend: Schule! Wir sind der größte Bereich, hier ist am meisten zu holen. Die Tendenz ist klar: Schulen sollen weiter kaputt gespart werden!

Vielleicht sollten wir die Parteien fragen, wie weit sie das Alles so weitermachen oder anders machen wollen. – Unsere nächste Personalversammlung wird in der Nähe des Wahltermins der Bürgerschaftswahl liegen, vielleicht haben wir bis dahin Antworten, die uns unsere Wahlentscheidung erleichtert.

Kabarett:

Frau Dr. Hülsenberger-Stockfisch vom Institut für kognitive Evaluation moderiert eine Evaluation der Bildungsbehörde unter folgendem Leitbild:

„Die Bildungsbehörde wird effizient geführt, eine weitgehend störungsfreie Umsetzung bildungspolitischer Ziele wird gesichert und ist klar strukturiert, der Umgangston ist wertschätzend. Es wird darauf geachtet, dass die zur Verfügung stehende Zeit für Verbesserungen genutzt wird. Die LehrerInnen können sich auf ihren Unterricht konzentrieren und eigene Ideen einbringen. Die Bildungspolitik folgt einem ‚roten Faden‘, die einzelnen Maßnahmen sind nachvollziehbar und aufeinander bezogen.“

Die Bewertung durch die Lehrkräfte erfolgt nach Ampelkriterien:

Grün: Erfolgreiche Umsetzung des Leitsatzes ist beobachtet worden.

Gelb: Ansätze zur Umsetzung des Leitsatzes sind erkennbar.

Rot: Eine erfolgreiche Umsetzung ist nicht beobachtet worden.

Ergebnis: Die Personalversammlung zeigt der Bildungsbehörde die rote Karte.

Antrag an die Personalversammlung

Mehr Zeit für Kooperation und Fortbildung – Weniger Pflichtstunden!

Die Personalversammlung fordert die Senatorin für Bildung und die Bürgerschaft auf, für die angeordneten Umbaumaßnahmen im Bremischen Schulsystem ausreichende Kooperations- und Fortbildungsstunden zur Verfügung zu stellen und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung durch die Große Koalition rückgängig zu machen.

Die von jungen Lehrkräften abzuleistende zusätzliche Unterrichtsstunde (U-50-Stunde) muss abgeschafft werden.

Die Ausbildungsbedingungen der Referendarinnen und Referendare müssen durch Absenkung des bedarfsdeckenden Unterrichts verbessert werden.

Begründung:

Trotz des Beschlusses der rot/grünen Koalition, keine weiteren LehrerInnenstellen abzubauen, ist die Versorgung der Bremer Schulen mit Lehrkräften weiterhin schlecht. Die Schüler/Lehrer-Relation liegt deutlich hinter den anderen Stadtstaaten zurück. Zusätzlich ist die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren stark angestiegen. Immer mehr Lehrkräfte (über 40%) arbeiten in Teilzeit, weil der Arbeitsaufwand mit voller Unterrichtsverpflichtung nicht zu bewältigen ist. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu verantworten, den Schulen immer neue Aufgaben der Umorganisation zu stellen, ohne für entsprechende Unterrichtsentlastung zu sorgen.

Gegenüber den Schulleitungen hat die Senatorin für Bildung den Zusatzbedarf anerkannt und 55 Stellen für erweiterte Leitungsaufgaben zugesagt. Letztlich umgesetzt werden müssen die neuen Aufgaben von den Kolleginnen und Kollegen in den Jahrgangsteams. Auch sie brauchen eine entsprechende Unterrichtsentlastung.

Arno Armgort, Elke Baumann, Jürgen Burger, Harry Eisenach, Hajo Kuckero, Herbert Wehe